

Essay:
Eine andere Finanzordnung: Vom richtigen Umgang mit Kapital.
These – Antithese – Synthese

Liebe Attacies: Ein Gutes Neues Jahr
Wie weit sind wir mit der Vorbereitung der Winterschule Sa 26.1.13, die das Thema hat „Eine andere Finanzordnung ist möglich!“

Zur Einstimmung in das Thema „Andere Finanzordnung“ möchte ich hier ein Essay zum Besten geben:
Essay: Vom richtigen Umgang mit Kapital.

Der Umgang mit Kapital ist eine Herausforderung. Wenn man es falsch macht, ergeben sich die bekannten unschönen Effekte: Kapitalakkumulation, also Anhäufung, Haufenbildung, **Verklumpung des Kapitals** bei einigen wenigen Leuten, so dass die Bevölkerungsmehrheit keinen Nutzen aus dem Kapitalreichtum zieht. *Dann ist offenbar nicht genug umgerührt worden.* Wer schon mal Gries- oder Haferflockenbrei genießen musste, in welchem der Gries oder der Hafer Klumpen bildete, weiß, wovon ich rede. Und dieses **verklumpte Kapital** wird in Händen seiner Eigentümer zum Instrument der Ausbeutung der anderen Menschen.

Andererseits ist Kapital – und das ist nicht nur Geld, sondern auch die vielen schönen, nützlichen Dinge, die uns das Leben und Arbeiten erleichtern, wie Häuser, Werkzeuge, Maschinen, Mähdrescher, Saatgut, ein voller Weinkeller, aber auch naturgegebenes Kapital wie Grund und Boden – ein wertvolles, nützliches Gut, auf das wir nicht verzichten können. Kapital ist im Prinzip alles, was nützliche Dienste leistet, ohne sich dabei selber zu verbrauchen. **Kapital liefert leistungslos Nutzen** – fragt sich nur, für wen:
Für uns alle oder nur für die verklumpten Kapitaleigentümer?

Daher haben wir eine dialektische Situation, die wir mit einer These, dessen Antithese und schließlich einer Synthese in den Griff bekommen wollen.

These: „Kapital ist nützlich und nicht in beliebiger Menge vorhanden; daher sind für Kapitalnutzung Kapitalkosten zu zahlen, und zwar an die, die das Kapital zur Verfügung stellen: die Kapitaleigentümer und Anleger. Kapitaleinkommen sind daher in Ordnung und die Kapitalakkumulation ist unvermeidbar. Eure Aufregung darüber ist grundlos und zeugt von mangelndem ökonomischem Sachverstand.“

Dies ist die bekannte Position der bürgerlichen Ökonomie (Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre). Hierbei werden die Nachteile der zwanghaften Kapitalakkumulation, nämlich der Zwang zum Wachstum und die Ausbeutung der Menschen und der Natur für dieses Ziel, gelegnet oder als unvermeidbar deklariert.

Antithese: „Kapitaleinkommen sind der Kern des Übels im Kapitalismus. Dass man in unserer Wirtschaftsform nicht nur durch Arbeit und den Verkauf erarbeiteter Produkte und Dienstleistungen, sondern auch durch Kapitalverleih, Geldanlage, Vermietung und Verpachtung ein Einkommen aus dem Markt herausziehen kann, ist ein Fehler: Durch diesen Fehler wird die Marktwirtschaft zum Kapitalismus: Zu einem System zur Ausbeutung von Mensch und Natur durch das Kapital. Wir müssen daher die Kapitaleinkommen, also Zinsen, Profite, Renditen, gänzlich abschaffen.“

Dies ist die Antithese. Sie wird von vielen radikalen Kritikern des Kapitalismus geäußert.

Aber: Kann man denn den Zins, die Profite, die Kapitaleinnahmen abschaffen und dennoch den Markt, die Waren, das Geld beibehalten? Ist eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus möglich? Denn es ist offensichtlich, dass, wenn es keine Kapitaleinnahmen mehr gibt - also keine Belohnung mehr für Kapitalanlage, Kapitalverleih, Kapitaleinsatz – dies wohl kaum noch „Kapitalismus“ genannt werden kann. – „Na und“, könnte man hier sagen: „Wen juckt das, wenn wir keinen Kapitalismus mehr haben? Umso besser.“

Das Problem ist aber: **Wenn Kapitalismus und Marktwirtschaft dasselbe sind, dann bedeutet die Abschaffung des Kapitalismus auch das Ende des Marktes. Dann bleibt uns nur noch: Planwirtschaft.** Praktisch würde die ganze Wirtschaft als Öffentlicher Dienst organisiert und von der Öffentlichen Hand geleitet und finanziert. Die Öffentliche Hand müsste durch Umfragen die Bedürfnisse der Bevölkerung ermitteln, sie müsste daraus mit modernsten Computern einen Produktionsplan erstellen, aus dem hervorgeht, wie viele Rohstoffe benötigt werden und wie die Produktionsketten aufzubauen sind,

welche Geräte und Zwischenprodukte zu welcher Zeit an welchem Ort sein müssen; dann müssen die Menschen dazu gebracht werden, sich an den Produktionsplan zu halten, also die Planziele zu erreichen, und schließlich müssen sie sich in ihrem Konsum an die Bedarfsschätzung halten, die sie zu Beginn der Planungsphase angemeldet haben. Spontane Reisen oder sonstige Extrawünsche müssen möglichst vermieden werden, denn das bringt den Plan durcheinander. – Nun, aus dieser Schilderung sieht Ihr, dass ich große Zweifel habe, ob eine Planwirtschaft funktioniert. Ich denke, an der Marktwirtschaft, also einer Wirtschaft, in der die Menschen, sobald sie einen Bedarf, eine Nachfrage, eine Angebotslücke entdeckt haben, Eigeninitiative ergreifen und ein Unternehmen starten können, um den Bedarf zu decken – und in welcher auch freie Berufswahl und freie Konsumgüterwahl besteht, geht kein Weg vorbei. So eine dezentrale Wirtschaft hat größere Chancen, die Bedürfnisse der Menschen wirksam zu erfüllen.

Also haben wir ein Dilemma: Kapitaleinkommen und den Kapitalismus wollen wir eigentlich abschaffen, aber die Marktwirtschaft wollen wir nicht kaputt machen. Wie soll das gehen? Vielleicht hilft hier eine Synthese:

Synthese: Kapitaleinkommen nur noch für Firmen entsprechend ihren Arbeitsplätzen; und darüberhinaus zeitlich begrenzte Extra-Kapitaleinnahmen für diejenigen Firmen und Personen, die sich um neues, zusätzliches Kapital und technischen Fortschritt verdient gemacht haben.

Der Vorschlag lautet also:

- **Kapitaleinkommen werden – mit der hier unten geschilderten Ausnahme – abgeschafft.** Das heißt: Kein Kapitaleigentümer, sei es eine einzelne Privatperson (eine „natürliche Person“) oder auch eine Firma, eine Organisation, eine „juristische Person“, darf für den Verleih von Geld oder Kapital Profit kassieren in Form von Zins, Bodenrente, Mietzins, Pacht (abgesehen von Instandhaltungskosten und Abschreibungen). Firmen, die mit geliehenem Kapital arbeiten, brauchen dafür keine Zinsen mehr an die Gläubiger zu zahlen. Umgekehrt sind alle Kapitaleigentümer verpflichtet, ihr Kapital (Geld, Maschinen, Grund&Boden) zinslos an diejenigen Firmen zu verleihen, die dieses Kapital für ihre Arbeit oder genauer: für die Schaffung von Arbeitsplätzen, benötigen.
- **Konkret: Einzelpersonen haben keinen Anspruch mehr auf Kapitaleinnahmen.** Falls sie Kapitaleigentum haben, müssen sie es zinslos verleihen. **Firmen und Organisationen, die Arbeitsplätze schaffen, haben Anspruch auf Kapitaleigentum entsprechend der Anzahl Arbeitsplätze, die sie schaffen.** Je mehr Jobs sie schaffen und je mehr Arbeitslohn sie zahlen, desto mehr Anspruch auf Kapitaleigentum haben sie. Das Kapital, das ihnen zusteht und ihnen zinslos geliehen werden soll, falls sie es nicht als Eigentum haben, können sie als Produktionsmittel für ihre eigene Arbeit nutzen oder auch zinstragend an andere Firmen verleihen, um damit Kapitaleinnahmen zu erzielen. Wenn die Firma mehr Kapital braucht, als ihr entsprechend der Anzahl Jobs, die sie schafft, zusteht, muss sie sich das zusätzliche Kapital gegen Zins leihen. Umgekehrt muss eine Firma, die mehr Kapitaleigentum hat, als ihr entsprechend der Anzahl Jobs, die sie schafft, zusteht, dieses überschüssige Kapital zinslos an andere Firmen, die dazu berechtigt sind, verleihen.
- **Und nun die oben angekündigte Ausnahme: Wenn eine Firma neues Kapital erschafft, z.B. indem sie eine großartige Erfindung macht und ein neues Produkt herausbringt, das der Gesellschaft großen Nutzen bringt** (z.B. neuartige Solarzellen oder effiziente Batterien oder auch ein Steuergerät für intelligente Stromnetze oder eine Medizin zur Heilung von Krebs oder Alzheimer) oder indem sie durch Fleiß und Sparsamkeit ihrer Mitarbeiter neuartige, sparsame Herstellungsverfahren entwickelt oder dringend benötigte Infrastrukturnetze aufbaut – **dann darf die Firma die Früchte dieses neu geschaffenen Realkapitals einige Jahre lang genießen – z.B. zehn Jahre lang** – indem sie, wie im heutigen Kapitalismus, das neue Kapital als Wettbewerbsvorteil in der Konkurrenz mit anderen Firmen einsetzen und auf diese Weise Extragewinne kassieren darf. – Die Firma wird also in diesen zehn Jahren zunächst von der Verpflichtung befreit, das neue Kapital, sofern es über dasjenige hinausgeht, was ihr entsprechend der Zahl ihrer Arbeitsplätze zusteht, zinslos an andere Mitglieder der Gesellschaft zu verleihen. – Nach Ablauf der zehn Jahre aber ist die Schonfrist vorbei: Dann wird das gesamte Kapital der Firma gemessen daran, wie viele Arbeitsplätze die Firma schafft. Aus der Anzahl Arbeitsplätze (oder aus der gezahlten Lohnsumme) ergibt sich die Höhe des Kapitals, das der Firma zusteht, ohne dass sie dafür Zinsen zahlen muss. Das darüber hinausgehende Kapitaleigentum, das die Firma hat, muss sie zinslos an diejenigen anderen Firmen verleihen, die – gemessen an den Jobs, die sie schaffen – nicht genug eigenes zinslos nutzbares Kapital haben.

Dies wäre also die Synthese, die ich vorschlage:

- Einerseits Kapitaleinkommen an sich verbieten und abschaffen;

- andererseits **Kapitaleinnahmen und zinslose Kapitalnutzung erlauben für Firmen, die Arbeitsplätze schaffen** – so dass die Kapitaleinnahmen praktisch nur noch Firmen zufließen und zwar in dem Maße, wie dort Arbeit geleistet wird. Die Firmen werden alsbald merken, dass die Höhe ihrer Kapitaleinnahmen praktisch direkt gekoppelt ist an die Höhe ihrer Ausgaben für Arbeit: Die Kapitaleinnahmen werden praktisch zu einem Zuschuss für Personalkosten. Wenn die Firma mehr Kapitaleinnahmen erzielen will, muss sie ihre Personalkosten erhöhen (oder in den letzten Jahren besonders innovativ gewesen sein, siehe Punkt drei). Da die Arbeitenden nun einen so großen Einfluss auf die Kapitaleinnahmen haben, werden die Firmen dazu übergehen, die Kapitaleinnahmen im Wesentlichen an die Arbeitenden auszuzahlen, denn **die Arbeitenden werden praktisch zur Quelle der Kapitaleinnahmen der Firma!**
- Und drittens darf eine Firma zusätzliche Kapitaleinnahmen erzielen, und zusätzliches Kapitaleigentum haben, **wenn sie in den letzten zehn Jahren aus eigener Kraft neues Kapital geschaffen hat**: Eine technische Revolution, eine neue Infrastruktur usw. Dies bildet einen Anreiz dafür, dass nach wie vor Kapitalbildung und Innovation als lohnenswerte Anstrengungen erkannt werden. Das Kapital kann aber nun nicht mehr zur Quelle der Ausbeutung anderer Firmen oder ärmerer Mitmenschen werden, denn nach den zehn Jahren Schonfrist wird diese Subventionierung der Kapitalschöpfung beendet und jede Firma darf nur noch so viel eigenes Kapital haben, wie ihr entsprechend der Personalkosten, die sie zahlt, zusteht.

Anmerkungen:

- 1) Eine andere Formulierung dieser Synthese zwischen Erlaubnis und Verbot von Kapitaleinkommen ist: **Wir subventionieren die Schaffung von Arbeitsplätzen**, indem wir den Firmen, die Jobs schaffen, je Arbeitsplatz eine Pauschale in Form von zinslosem Kapital genehmigen, zur Deckung der Kapitalkosten, die die Schaffung des Arbeitsplatzes kostet. Wenn z.B. jeder Arbeitsplatz im Durchschnitt Kapital in Höhe 100.000 € erfordert, dann beträgt die Pauschale 0,1 Million €. Wenn also eine Firma zehn Arbeitsplätze schafft, dann hat sie Anspruch auf zehnmal 0,1 Mio €, also 1 Mio € Kapital. Wenn sie bereits eigenes Kapitaleigentum in Höhe 0,3 Mio € hat, dann hat sie somit Anspruch auf zinslose Darlehen in Höhe 0,7 Mio €. Diese Darlehen darf sie sich von denjenigen Firmen oder Einzelpersonen leihen, die mehr Kapital haben als ihnen zusteht, und die daher **zum zinsfreien Verleih des überzähligen Kapitals verpflichtet** sind.
- 2) **Wie kann die Pflicht zum zinslosen Kapitalverleih durchgesetzt werden?** Hierzu könnte eine **Kapitalsteuer** (bzw. Vermögenssteuer bei Einzelpersonen) zum Einsatz kommen: Wenn eine Firma z.B. 2 Mio € Vermögen ihr eigen nennt, aber nur zehn Arbeitsplätze schafft, wofür ihr nach obigem Beispiel 1 Mio € eigenes Kapital zusteht, dann hat sie also mehr Kapital, als ihr zinsfrei zusteht, nämlich 1 Million € zu viel. Dann ist sie verpflichtet, diese überzählige 1 Million zinslos an solche Firmen zu verleihen, die Anspruch auf zinslose Darlehen zur Schaffung von Jobs haben. – Falls nun die Firma das nicht einsieht und die überzählige Million einfach am freien Kapitalmarkt renditetragend anlegt, dann kommt das Finanzamt zum Zug: Es wird entweder die mit diesem Kapital erzielten Kapitaleinnahmen praktisch zu 100% konfiszieren (**Kapitaleinnahmensteuer in Höhe 100%**) oder es wird eine Kapitalsteuer in Höhe der durchschnittlichen Rendite, sagen wir 5%, veranschlagt: Die Firma muss **5% Kapitalsteuer** auf die überzählige Million zahlen, also Steuern in Höhe 50.000 € – Diese Steuereinnahmen wird das Finanzamt weiterleiten an eine „Demokratische Bank“ (C. Felber) oder an einen „National Investment Fund“ (D. Schweickart), die die Aufgabe haben, anstelle der uneinsichtigen „reichen“ Firmen die zinslosen Darlehen an die kreditsuchenden „armen“ Firmen zu vergeben, die diese Darlehen zur Schaffung von Arbeitsplätzen benötigen.
- 3) **Einzelpersonen sollen wie Firmen ohne Mitarbeiter behandelt werden (außer wenn sie tatsächlich freischaffende Einzel-Selbständige sind)**: Sie haben in der Regel keinen Anspruch auf Kapitaleinnahmen und auch nicht auf zinslose Darlehen. Wer sich also z.B. um ein Hausbau-Hypothekendarlehen bewirbt, muss dafür Zinsen zahlen wie heute. Hier können Bausparkassen nach wie vor helfen, die Zinsen niedrig zu halten durch Förderung der Solidarität zwischen Sparern und Kreditnehmern. (Diese Trennung der Zinspolitik für Firmen einerseits und Privatleute andererseits hat auch David Schweickart für die Economic Democracy [1] vorgeschlagen.) – Wer sich nun ärgert, dass sie/er als Privatperson oder Rentner keine Zinseinnahmen mehr auf Spargeld kassieren soll, der sollte sich dadurch trösten, dass sie/er ja dafür eine viel bessere Entlohnung der Arbeit genießen kann als im Kapitalismus, denn die Firmen sind ja nun weitgehend von Kapitalkosten entlastet und können daher ihre Gewinne (Einnahmen minus Materialkosten und Abschreibungen) voll an ihre Mitarbeiter auszahlen bzw. die Mitarbeiter über die Gewinnverwendung – Auszahlen oder Investieren? – abstimmen lassen:
- 4) **Die Mitarbeiter bekommen durch die neuartige Kapitalbehandlung viel mehr Verhandlungsgewicht als früher**: Die Firmen müssen nun um Mitarbeiter werben und nicht mehr um die Gunst privater Kreditgeber und Anleger. Die Agenten auf den Finanzmärkten (kurz: **„Die Märkte“**) sind **entmachtet**; Arbeit wird wieder ein wertvolles Gut! Daher haben die Mitarbeiter gute Chancen zur Durchsetzung hoher Gehälter und Arbeitszeitverkürzung – und sie werden auch auf Mitsprache über die Firmenpolitik bestehen, so dass viele Firmen sich in

Genossenschaften umwandeln müssen, um ihre Mitarbeiter, die nun hohe Ansprüche an die Demokratie am Arbeitsplatz entwickeln werden, nicht zu verlieren.

- 5) **Die Konkurrenz unter den Firmen wird abgeschwächt**, da „reichen“ Firmen, die kraft ihres Kapitals eine Überlegenheit im Markt errungen haben, ein Teil dieser Überlegenheit dadurch wieder genommen wird, dass sie zur Vergabe zinsloser Darlehen an ihre „armen“ Mitbewerber verpflichtet werden. Weniger schnell wachsende Firmen sind nicht mehr durch die Schnellsten der Branche in ihrer Existenz bedroht, sondern werden von diesen mitgetragen. Dadurch wird absehbar auch der Wachstumszwang, also der Zwang zu Innovation, Expansion und Kapitalakkumulation, überwunden und es besteht die Chance zum Einschwenken in eine nachhaltige, stationäre Wirtschaft mit sinkendem Ressourcenverbrauch.

Ich gebe zu, es ist nicht ganz einfach, diese Synthese, und wie sie im Detail funktioniert, zu verstehen. Vielleicht muss ich dieses Kapitalbehandlungssystem einmal in mathematischen Gleichungen formulieren (wie ich es im Sommer 2012 schon mal versuchte, siehe unten); auf Basis dieser Gleichungen kann man dann vielleicht die Wirkung dieser Kapitalbehandlungsmaßnahmen auf die Wirtschaft und Gesellschaft, auf Löhne und Gehälter, Arbeitszeit, Arbeitsplätze, Lebensqualität, Rückgang der Arbeitslosigkeit, Rückgang des Wachstumszwangs, auf Naturschonung und Nachhaltigkeit simulieren. Aber vielleicht hat die hier gegebene verbale Darstellung der Synthese schon mal einen Eindruck davon gegeben, wie eine **vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft** aussehen könnte.

Eine andere Darstellung meines Vorschlags habe ich im Sommer 2012 in http://www.kiesweg.de/Attac/Achim-Nachh-MaWi-Satzung_Jul2012-v1.0.pdf (16 Seiten) und – kürzer und ohne Formeln – im Dezember in: http://www.kiesweg.de/Attac/Manifest_Wirtschaftsdemokratie_Ac121212_07korr_cln.pdf (12 Seiten) gegeben.

Der hier gebrachte Vorschlag hat meines Erachtens große Gemeinsamkeiten mit der Kapitalbehandlung in der „**Economic Democracy**“ von **David Schweickart** [1] und in der **Gemeinwohlökonomie** von **Christian Felber** [2] und in der **Solidarischen Ökonomie** [3]. Vielleicht ergibt sich auf der Winterschule Gelegenheit, den Vorschlag etwas ausführlicher zu erläutern und auch den Vergleich mit Schweickart und Felber und der Solidarischen Ökonomie anzudeuten.

Für Rückfragen und Diskussionsbeiträge aller Art wäre ich sehr dankbar.

Ende des Essays.

Ein schönes 2013!

Achim

Literatur

- [1] David Schweickart, *After Capitalism*, Second Edition, bei Rowman and Littlefield, 2011, ISBN 978-0-7425-6498-5. –
Auf Deutsch (in Auszügen) auf http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/David-S_AftCap_Extrakt-deutsch-v0.4.pdf
- [2] Christian Felber, *Die Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft*. Verlag Deuticke, August 2010. 9. Auflage November 2011
- [3] Harald Bender, Norbert Bernholt, Bernd Winkelmann, *Akademie Solidarische Ökonomie* (Hrsg.): *Kapitalismus und dann? Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation*. Oekom Verlag München, 2012